Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 90 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib. Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Gros-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, sonst. 25 Goldpfg., Rekl.-Zeile 80 Goldpfg. m. Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 31 — Montag, den 8. Februar 1926 — 83. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 6. Febr. Der Vorstand des Württ. Städtetags hat am 22. Januar d. J. beschlossen, seinen früheren Beschluß, der für die Regel einen Aufwertungssatz von 12½ bis 20 Prozent empfiehlt, im Hinblick auf die veränderten Verhältnisse wieder aufzuheben. Der Vorstand des Deutschen Städtetags hat nach einer Zeitungsmeldung einmütig beschlossen, daß sämtliche Gemeinden an dem von den kommunalen Spitzenverbänden gebilligten einheitlichen Aufwertungssatz von 12½ Prozent unbedingt festhalten sollten.

Zweibrücken (Pfalz), 6. Febr. Die Stadt ist neuerdings wieder mit einer Besatzung von fünf Kompagnien und einer französischen Maschinengewehrabteilung belegt worden. Für die Offiziere und die verheirateten Unteroffiziere sind wieder fünf Wohnungen beschlagnahmt worden. Die betroffenen Familien mußten entweder ihre Wohnungen gänzlich räumen, oder aber zusammenrücken. Das Vorgehen der Besatzungsbehörde wird bei der außerordentlich großen Wohnungsnot sehr schwer empfunden.

Berlin, 6. Febr. Der „Vossischen Zeitung" zufolge hat der Nürnberger Amtsvorstand den Stadtrat Ertl, gegen den eine Vorunterfuchung wegen Meineids schwebt, von seinem Posten als städtischen Beamten vorläufig entbunden. — In der vergangenen Nacht ist im Alter von 83 Jahren die Witwe des Staatssekretärs von Stephan gestorben. — Nach einer Meldung des „Vorwärts" ist das Thomaswerk, das Blockwalzwerk und das Martinswerk des Hörder Vereins (Phönix) wieder in Betrieb genommen worden. — Die Sowjetregierung gibt folgende Erklärung ab: Die Telegraphen-Union verbreitete in der Presse verschiedener Länder eine Meldung ihres angeblichen Moskauer Korrespondenten, wonach 300 obdachlose Kinder, die in ungeheizten Wagen von Moskau nach Woronesch befördert wurden, unterwegs erfroren seien. Diese Meldung entbehrt jeder Grundlage und ist anscheinend eine freie Erfindung der genannten Agentur.

Hamburg, 6. Febr. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wurde ein Gesuch des Roten Frontkämpferbundes (Bezirk Wasserkante) um Genehmigung eines Straßenumzugs für den 14. Februar mit Rücksicht auf die Ausschreitungen, die sich in der letzten Zeit bei ähnlichen Anlässen im Großhamburgischen Stadtgebiet ereigneten, abgelehnt. Mitbestimmend bei dieser Entscheidung war auch die Tatsache, daß bei einem Abteilungsleiter des Roten Frontkämpferbundes neuerdings 15 Gewehre, 10 Mehrladepistolen und eine beträchtliche Menge Munition gefunden wurde.

Rechtsstellung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zum Schiedsspruch im Lohnstreik.

Stuttgart, 5. Febr. Von der Reichsbahndirektion wird mitgeteilt: Nach dem Reichsbahngesetz, das für die Reichsbahn in erster Linie maßgebend ist, sind die Beschäftigungsbedingungen und Lohnverhältnisse der Reichsbahnbeamten durch die Personalordnung der Gesellschaft zu regeln, „soweit sie nicht vereinbart werden". Personalordnung und Vereinbarung bilden also die Grundlage für die Regelung jener Bedingungen usw. Die Vereinbarung kann eine Gesamtvereinbarung, ein Tarifvertrag sein. Voraussetzung ist jedoch immer, daß die Bedingungen „vereinbart" werden, d. h. in freier Willenseinigung zustande kommen. Die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruchs ist aber gerade das Gegenteil von freier Einigung, denn sie ist ein Zwangsmittel. So besteht also zwischen dem Reichsbahngesetz, das nur freie Vereinbarung kennt, und der Schlichtungsordnung, die den Zwang einer Verbindlicherklärung zuläßt, ein Gegensatz. Und in solchen Fällen des Widerspruchs gehen nach ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift die Bestimmungen des Reichsbahngesetzes denen des allgemeinen Arbeiterrechts vor. Diese Ordnung der Dinge hat ihren guten Grund. Das Reich mußte bei der Durchführung des Dawes-Plans der Reichsbahn ungeheure Lasten aufbürden. Diese Lasten sind neben der Erfüllung der wichtigen Verkehrsaufgaben überhaupt nur zu tragen unter äußerster Anspannung aller wirtschaftlichen Kräfte der Reichsbahn und unter vorsichtiger Disposition in den Einnahmen und Ausgaben. Darin liegen die sämtlichen Aufgaben der Reichsbahnleitung und namentlich auch des Verwaltungsrates, die als Treuhänder des deutschen Volkes die Verantwortung dafür tragen, daß die Reichsbahn der deutschen Wirtschaft als eine leistungsfähige Verkehrsanstalt erhalten bleibt, und daß nicht die verhängnisvollen Folgen eines Verzugs mit der Reparation (Auslieferung der Reichsbahnverwaltung an den Eisenbahnkommissar usw.) eintreten. Die gesetzliche Verantwortung des Vorstands und des Verwaltungsrats würde ganz hinfällig, wenn das wichtigste Glied der Ausgabenrechnung, die Personalkosten, maßgebend von einer anderen Stelle im Wege der Verbindlicherklärung bestimmt würde, — von einer Stelle, die die Einzelheiten der Reichsbahnwirtschaft garnicht übersehen kann. Man darf doch nicht vergessen, daß die Reichsbahn ausdrücklich verpflichtet ist, die öffentlichen Interessen der deutschen Wirtschaft zu wahren und daß der Verwaltungsrat zu einem großen Teil aus Mitgliedern besteht, die von der deutschen Regierung selbst ernannt sind, sodaß schon deshalb keineswegs eine willkürliche und unsoziale Personalpolitik zu befürchten ist. Wie liegen denn die Dinge heute bei dem vorliegenden Streitfall in Wirklichkeit? Die deutsche Wirtschaft liegt darnieder. Die Reichsbahneinnahmen sind in der letzten Zeit geradezu erschreckend gesunken, auf dem Arbeitsmarkt herrscht Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, mit anderen Worten: Tendenz sinkender Löhne im Zeichen des Preisabbaus. Und da soll ausgerechnet in diesem Zeitpunkt die Reichsbahn ihre Löhne erhöhen, unbekümmert darum, ob sie ihre Verpflichtungen noch erfüllen kann! Ist da wirklich ein Unrecht, wenn die Reichsbahn mit der Anrufung des deutschen Reichsbahngerichtes den Weg geht, den ihr das Gesetz für solche Fälle weist?

Das Urteil im Reichsbanner-Prozeß.

Karlsruhe, 6. Febr. Nach viertägigen Verhandlungen und einer elfstündigen Schlußsitzung fand heute abend kurz nach 7 Uhr der Prozeß gegen den Polizeiwachtmeister Reize vor dem hiesigen Schwurgericht sein Ende. Vor dem Gerichtsgebäude hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, um das Urteil entgegenzunehmen. Nach zweieinhalbstündiger Beratung verkündete unter lautloser Stille des Publikums der Vorsitzende folgenden Wahrspruch der Geschworenen: Der Angeklagte Otto Friedrich Reize, Polizeiwachtmeister aus Durlach, wird wegen Landfriedensbruch in Tateinheit mit Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr unter Anrechnung von 8 Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Der Angeklagte hat die Kosten einschließlich der Kosten der Nebenklage zu tragen. Der zur Tat gebrauchte Revolver wird eingezogen. Der Antrag des Verteidigers auf Aufhebung des Haftbefehls ist abgelehnt worden. Der Angeklagte, der während der Urteilsbegründung einen gefaßten Eindruck machte, brach nach der Urteilsverkündung in Tränen aus.

Eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 6. Febr. Ministerpräsident Dr. Held stellte gestern in einer Rede im bayerischen Landtag fest, daß der Geist von Locarno sich bisher in der Pfalz so gut wie gar nicht ausgewirkt habe. Im Gegenteil scheine gerade die Pfalz neuerdings das Opfer französischer Machtgelüste zu sein. Nicht nur daß Truppengelände in Speyer angefordert worden sei, sondern auch von den bisherigen Uebungsplätzen sei keiner freigegeben worden. Die Franzosen hielten offensichtlich wieder ihre schützende Hand über Separatisten. Die Zahl der französischen Garnisonen in der Pfalz habe sich nur um eine, nämlich Oggersheim vermindert. Sie sei um zwei Garnisonen höher als die Zahl der deutschen Garnisonen in der Vorkriegszeit. Die Gesamtstärke der Belegschaft sei gegenüber der Zahl vor Locarno nicht geringer, wahrscheinlich sogar höher geworden. Die jetzige Belegschaft der Pfalz betrage 15 800 Mann gegenüber einer deutschen Friedensbesatzung von 10 400 Mann. Auch die französische Gendarmerie habe sich sogar an einzelnen Orten vermehrt. Bezüglich der französischen Militärgerichtsbarkeit seien Verhandlungen zwischen der Rheinlandgarnison und dem Reichskommissar in Koblenz im Gange. Es sei zu wünschen, daß von französischer Seite dabei nun wirklich der Geist von Locarno verwirklicht werde. **Wenn das deutsche Volk noch den Glauben an Locarno in die Zukunft hinüberretten wolle, dann müßten die an Locarno beteiligten auswärtigen Mächte jetzt endlich Ernst machen mit dem, was sie Deutschland in Aussicht stellten.** Zur Frage Südtirols erklärte der Ministerpräsident, es sei bei dem engen Verhältnis zwischen beiden Ländern selbstverständlich, daß Bayern mit der deutschen Bevölkerung in Südtirol empfinde. Mit der kulturellen gehe auch eine tiefe soziale politische und wirtschaftliche Not der deutschen Brüder in Südtirol Hand in Hand. Diese Dinge brauchten nicht zu sein, wenn in Italien wirklich der Geist der Befriedung herrschen würde. Auch gegen die Behandlung der Deutschen in der Tschechoslowakei nahm der Ministerpräsident Stellung. Dr. Held erklärte in seiner Rede noch, von kommunistischer Seite sei der Vorwurf erhoben worden, daß die Beamten der gegenwärtigen Regierung sich von der Republik bezahlen ließen, im Herzen aber Monarchisten seien. Die Frage sei aber durchaus noch offen, ob das steuerzahlende Volk republikanisch sei. Was er im Innern über eine bessere Staatsform denke, gehe niemanden etwas an. Nicht die Form des Staates sei für ihn das erste, sondern die Wohlfahrt des Staates. Was den Völkerbundsgedanken anbelange, so stehe er ihm sympathisch gegenüber, wenn ein solcher Völkerbund wirklich auf dem Boden voller Achtung des Rechtes und der Gerechtigkeit stehe, aber der Völkerbund, wie er in Genf bestehe, sei nach seinem Dafürhalten kein Instrument des Friedens (lebhafte Zustimmung rechts), sondern ein Instrument der Vergewaltigung des deutschen Rechts und der Gerechtigkeit. Darum sei auch sein Standpunkt bezüglich des Eintritts in den Völkerbund der gleiche wie bisher.

Zwei ehemalige Separatisten im Streit erstochen.

Pirmasens, 6. Febr. Wie sehr die Erregung aus der unrühmlichen Separatistenzeit in der Bevölkerung auch heute noch nachzittert, bewies ein Vorfall, der sich in der letzten Nacht in einer hiesigen Wirtschaft abspielte. Zwei ehemalige Separatisten, die Gebrüder Emil und Robert Brunner, gerieten mit den im Lokal anwesenden Gästen in einen Streit, in dessen Verlauf die beiden durch Messerstiche so schwer verletzt wurden, daß sie innerhalb kurzer Zeit starben. Als der Tat dringend verdächtig wurden die zwei Brüder Jakob und Ludwig Bauer verhaftet. Die Leichen der beiden Brunner wurden nach dem Krankenhaus zur Sektion überführt. Als weiteres Opfer der blutigen Auseinandersetzung wurde der Wirt und der Vater der beiden Verhafteten ins Krankenhaus eingeliefert.

Eine brüchige Einheitsfront.

Berlin, 6. Febr. Die sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront in der Frage des Volksentscheids über die Fürstenabfindung fällt von Tag zu Tag sichtlicher auseinander. Heute steht sich der sozialdemokratische Parteivorstand, nachdem er bereits mit dem Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes zusammen die Organisationsleitungen von der Dolchstoß-Taktik der Kommunisten gewarnt hatte, veranlaßt, diese Warnung auch in der breitesten Oeffentlichkeit zu plakatieren. In einem Aufruf, den der „Vorwärts" an der Spitze bringt, fordert der sozialdemokratische Parteivorstand auf zum Widerstand gegen das Treiben der Kommunisten. Jede gemeinsame Aktion sei abzulehnen, Aufrufe, Inserate, Versammlungen und Demonstrationen seien von der Partei allein zu veranstalten. Die Versammlungen dürften nicht zum Tummelplatz der Kommunisten werden. Jede Annäherung der Kommunisten sei unter Hinweis auf die Erklärung der kommunistischen Zentrale, daß jede Partei ihre Aktionen selbständig zu führen hätte, zurückzuweisen. Der Doppelzüngigkeit und Hinterhältigkeit der Kommunisten hätten die Parteimitglieder strengste Disziplin entgegenzusetzen. — Zur selben Zeit wendet sich in der „Roten Fahne" die Zentrale der K.P.D. an die Arbeiterschaft. Sie kehrt frisch-fröhlich den Spieß um und bezichtigt die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, sie hätten die Offensive gegen die sich bildende Einheitsfront des Proletariats begonnen. Daß im Rechtsausschuß des Reichstags der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei deren Bereitschaft erklärt hat, an dem Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien mitzuarbeiten, erregt natürlich die höchste Wut der Kommunisten und sie vermuten, daß die Sozialdemokraten aus der ihnen bereits zu eng gewordenen kommunistischen Umarmung sich allmählich zu lösen trachten.

Admiral Scheer über das Abrüstungsproblem.

Admiral Scheer setzte dem Berliner Leiter des International News Service S. D. Meyer in einer Unterredung seine Ansichten über die Frage der allgemeinen Abrüstung auseinander. Er wies einleitend darauf hin, daß er mit allen vernünftigen Deutschen über die Verschiebung der Genfer Abrüstungskonferenz dasselbe Bedauern empfinde wie Präsident Coolidge. Auf die Frage, in welcher Weise eine Durchführung der allgemeinen Abrüstung denkbar wäre, erklärte der Admiral folgendes: Jedes Land brauche unbedingt einen militärischen Schutz. Kürzlich habe der amerikanische Admiral Fullem nachdrücklich eine Verstärkung der amerikanischen Seerüstungen verlangt. Auch in England trete man in letzter Zeit wieder energisch für eine starke Luftwacht ein. Vor dem Kriege habe der Zustand freier Rüstungsbestimmungen in Europa geherrscht, es sei versucht worden, Deutschland für die europäischen Rüstungen der Vorkriegszeit verantwortlich zu machen, jedoch müsse diese Geschichtsfälschung endgültig widerlegt werden. England habe immer beansprucht, eine Flotte zu haben, die so stark sei, wie die der beiden nächststarken Flotten der Welt zusammen. 1912 machte Deutschland England offiziell das Anerbieten, die gegenseitigen Rüstungen im Verhältnis der deutschen zur englischen Flotte von 2 zu 3 festzusetzen. Dies entspreche ungefähr dem Verhältnis, wie es auf der Washingtoner Konferenz für die japanische Flotte gegenüber der amerikanischen festgesetzt worden sei. England habe jedoch auf das deutsche Anerbieten niemals geantwortet. In der Genfer Abrüstungskonferenz erklärte der Admiral, daß die einzig mögliche Grundlage einer Abrüstungskonferenz der Grundsatz der Gleichberechtigkeit und Gegenseitigkeit sei. Die Politik Frankreichs gehe dahin, das französische Heer als offizielle Armee des Völkerbundes in überlegener Stärke aufrecht zu erhalten. Das französische Heer sei jetzt siebenmal so stark wie das deutsche. Es gebe tatsächlich kein Programm für die Abrüstungskonferenz. Vielmehr bestehe Gefahr, daß die Arbeit der Konferenz sich in nutzlosen Erörterungen über Begriffe und Auslegung von Begriffen verlaufe. Die beste und wahrscheinlich auch einzige Gewähr für einen erfolgreichen Verlauf der Genfer Konferenz sei, dem Beispiel des amerikanischen Staatssekretärs Hughes zu folgen, der den Delegierten der Washingtoner Konferenz sofort bei Eröffnung ein fertiges und klar umrissenes Programm für die Rüstungseinschränkungen vorlegte. Durch dieses Meisterstück staatsmännischer Regie habe sich Hughes von vornherein den Erfolg gesichert. **Deutschland habe ein klassisches Beispiel für die praktische Durchführung der Abrüstung gegeben. Deutschland müsse jetzt gleiches Recht für alle und damit Anerkennung gleicher, für alle geltende Abrüstungsgrundsätze und Abrüstungsverpflichtungen fordern. Entweder bleiben die Grundsätze und Verpflichtungen des Versailler Vertrages bestehen, dann müsse die Abrüstung aller Unterzeichner des Versailler Vertrags streng durchgeführt werden oder der Vertrag biete keine für alle annehmbare Grundlage. Dann müsse eine neue, für alle Beteiligten die eigentliche Grundlage, geschaffen werden.** Im einzelnen wären in folgenden Punkten einheitliche Grundsätze und Verpflichtungen festzusetzen: Die allgemeine Wehrpflicht ist entweder für alle zu verbieten oder zu gestatten. Die Art der Bewaffnung des Heeres ist für alle gleich zu bestimmen. Die Verwendung von farbigen Truppen gegen weiße Völker ist als Verstoß gegen die Pflichten der Zivilisation und der Kultur zu verbieten.

Besprechung der Länder mit dem Reichskabinett.

Berlin, 6. Febr. Auf Einladung der Reichsregierung traten heute vormittag die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder unter dem Vorsitz des Reichskanzlers mit den Mitgliedern des Reichskabinetts zu einer Aussprache über die außenpolitische Lage zusammen. Im Anschluß an einen Vortrag des Reichsministers des Auswärtigen, sowie an grundsätzliche Ausführungen des Reichskanzlers wurden die mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängenden Fragen eingehend erörtert, wobei seitens einzelner Länder Bedenken geltend gemacht wurden. Abschließend wurde die einmütige Auffassung dahin festgestellt, daß, sollte die Reichsregierung den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beschließt, seitens der Länder alles geschehen wird, was die Stellung Deutschlands im Völkerbund zu stärken geeignet ist.

Ausland

Bozen, 6. Febr. Infolge Widerrufs der seinerzeit von den Italienern zugesprochenen Staatszugehörigkeit wurde 34 Personen der Ausweisungsbefehl zugestellt. Unter den Ausgewiesenen befinden sich mehrere Beamte sowie Handels- und Gewerbetreibende. Weitere Ausweisungen stehen bevor.

Paris, 6. Febr. Präsident Coolidge hat nach Pariser Meldungen auf die Einberufung einer Sonderabrüstungskonferenz verzichtet.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Veracruz, 6. Febr. General Jose Riveres und zwei andere Offiziere wurden wegen revolutionärer Umtriebe in San Antonio (Texas) hingerichtet.

Frankreich und die Herabsetzung der Besatzungsstärke.

Paris, 6. Febr. Das „Journal" teilt heute mit, daß auf Grund eines neuen Antrages der deutschen Regierung die französische Regierung sich mit dem Studium einer weiteren Herabsetzung der Besatzungsstärke befaßt habe. Das Blatt beziffert die am Rhein stehenden französischen Truppen auf drei Armeekorps mit fünf Infanteriedivisionen und einer kleinen Kavalleriedivision. Es glaubt zu wissen, daß sich das Studium auf Abschaffung des Stabs eines Armeekorps und Zurückziehung einer Infanteriedivision (der 11. zusammen mit der 21. und 26. und auf eine halbe Brigade Jäger aus Metz) und gewisser anderer Elemente nach Frankreich beziehe. Daraus ergibt sich, daß die französische Regierung dem Wunsch der Reichsregierung zum Teil nachkommen möchte, wenn Briand den Widerstand der Militärs gegen eine wesentliche Herabsetzung der Effektivbestände brechen kann. Für diesen Fall könnte man folgende Berechnung machen: Frankreich schickt von seinen jetzt etwa 60 000 Mann ein Drittel nach Hause, bleiben 40 000 Mann; englische Truppen sind 8000 Mann und belgische 7000 Mann im besetzten Gebiet. Würden beide Staaten in gleichem Verhältnis herabsetzen, dann beträgt die Truppenstärke beider zusammen etwa 10 000 Mann. Man würde also auf zusammen 50 000 Mann Besatzung kommen, was der deutschen Truppenstärke vor dem Krieg in dem betreffenden Gebiet entspricht.

Eine herausfordernde Rede Mussolinis.

Rom, 6. Febr. Die Mittagsblätter verkündeten heute mit Riesenlettern, Mussolini werde auf Ersuchen Farinacris in der Kammer über die Beziehungen zu Deutschland sprechen. Nach der Annahme des Gesetzes über die militärische Jugenderziehung schritt Mussolini unter minutenlangem Beifall und Händeklatschen zur Rednertribüne und sprach langsam mit dem Konzept in der Hand unter tiefer Stille des Hauses. Sein Sarkasmus über die „Wandervögel" erregte laute Heiterkeit. Später sprach er mit Erregung von „bewußten Lügen der deutschen Presse", ging auf die Rede des Ministerpräsidenten Held ein und dementierte die Nachricht, die italienische Regierung habe ihr Bedauern wegen der Demonstration vor der Botschaft ausgesprochen. Die Schlußworte, Italien werde die Trikolore wenn nötig auch über die Grenze tragen, löste minutenlangen Beifall aus. Das Haus und die Tribüne sangen stehend die Faschistenhymne.

Botschafter Berenger über die Gründe für die Verschiebung der Abrüstungskonferenz.

Washington, 6. Febr. Der französische Botschafter Berenger hat, wie verlautet, Staatssekretär Kellog bei seinem Besuch eine Erklärung über die Gründe abgegeben, die Frankreich und einige andere Mächte veranlaßten, die Verschiebung der Abrüstungskonferenz zu betreiben. Frankreich, so habe der Botschafter u. a. erklärt, wünsche Deutschland im Völkerbund zu sehen, bevor die Beratung über die Abrüstungsfragen beginne. Frankreich wünsche auch, daß Rußland an der Konferenz teilnehme. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß wenig erreicht werden könne, wenn Deutschland außerhalb des Völkerbundes stehe und wenn Rußland sich weigere, teilzunehmen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung

Neuenbürg, 9. Febr. Fünf Jahre, nachdem das alte Schießhaus einer Brandstiftung zum Opfer fiel, veranstaltete erstmals wieder am Samstag abend der Schützenverein seinen altherkömmlichen Schützenball. Der Saal des „Bären" war einfach aber wirkungsvoll dekoriert nach originellen Ideen eines Mitglieds. Auf Tannenreisuntergrund prangten Jagdtrophäen, Waffen, Ehrenscheiben und dergleichen mehr. Gedämpftes Licht strahlte aus originellen Beleuchtungskörpern und gab dem ganzen einen geheimnisvollen, zauberhaften Anstrich. In einer kurzen, aber herzlich gehaltenen Ansprache begrüßte Oberschützenmeister Schmidt die Erschienenen, darunter auch liebe Gäste aus Pforzheim. Dank sagte er auch dem gütigen Spender, dessen Freigebigkeit die Veranstaltung ermöglichte; er schloß mit dem Wunsche, daß alle angenehme und freudige Erinnerungen mit nach Hause nehmen können. Die schmeichelnden Töne der Pforzheimer Streichmusik lockten allgemein zum Tanze. Höhepunkte der Erheiterung bildeten verschiedene Gesellschaftstänze mit eigenartigen Verwandlungsszenen. Durfte es so wundernehmen, daß bald eine heitere Stimmung Platz griff, die äußerlich ihren Ausdruck fand in der Prämierung der zwei Oberschützenmeister durch Serenissimus XIII., sowie durch weitere Auszeichnungen an Mitglieder, welche sich um das Gelingen des Abends besonders verdient gemacht hatten. Als dann die gefürchtete Polizeistunde schlug und ein fideler Teilnehmer in begeisterter Rede unter Dispensierung der anwesenden Stadtväter von einer Geheimsitzung zu einem Volksentscheid für Verlängerung der Polizeistunde aufforderte, fand derselbe stürmischen Beifall. (Wir geben letzteres natürlich nur wieder unter dem strengsten Siegel des Redaktionsgeheimnisses. Schriftl.) Nach Dankesworten des Oberschützenmeisters an alle, die den Abend durch ihre Mitarbeit verschönten, ebenso an die Pforzheimer Gäste, die ihrerseits den Dank für die Einladung und die schön verlebten Stunden zum Ausdruck brachten, wurde das Tanzbein zur Ruhe gesetzt, und der gemütliche Teil trat nunmehr in seine Rechte.

(Wetterbericht.) Der Hochdruck im Osten hat sich verstärkt, kommt aber wegen der westlichen Depression nicht zur vollen Geltung. Immerhin ist für Dienstag und Mittwoch vorwiegend trockenes und auch zeitweise bedecktes Wetter zu erwarten.

-e- **Calmbach**, 4. Febr. (Musikverein.) Am 10. Januar hielt der Verein seine jährliche Generalversammlung im „Waldhorn". Nach einem flotten Marsch der Kapelle eröffnete der erste Vorsitzende, Gemeinderat Chr. Kübler, die Versammlung und gab nach einigen Begrüßungsworten die Tagesordnung bekannt. Aus dem Bericht desselben war zu entnehmen, daß der Verein einen Zuwachs von 41 Mitgliedern zu verzeichnen hat, sodaß er im ganzen 121 Mitglieder zählt. Im vergangenen Jahre hatte die Vereinsleitung viel Arbeit zu leisten, namentlich durch Uebernahme und Durchführung des Musikfestes. Der Kassenbericht war zufriedenstellend. Der Vorsitzende entlastete den Kassier und sprach ihm und dem Schriftführer für ihre Mühewaltung den Dank des Vereins aus. Bei den Wahlen wurden einstimmig wiedergewählt der 1. Vorsitzende Küpler, der 2. Vorsitzende Adolf Broß, Schriftführer Carl Bonwetsch, sowie der Vorstand der Kapelle Fritz Keck und der Kassier Adolf Schanz. Als Beisitzer wurden gewählt Hermann Treiber, Albert Barth, z. Bahnhof, Wilhelm Wagner, Fritz Volz, Karl Egle. Infolge des Wachstums des Vereins wurden neu hinzugewählt Christian Wurster und Albert Barth, Drogist. Es wurden noch einige wichtige Punkte erörtert, so der Zusammenschluß der hiesigen Vereine unter Mitwirkung der Gemeindevertreter zur Hebung des Fremdenverkehrs, sowie die Ausgestaltung der Vereinskapelle zu einer Kurkapelle. Mit einem warmen Appell des 1. Vorsitzenden an die Mitglieder zu treuer Mitarbeit auch im neuen Jahr schloß die harmonisch verlaufene Versammlung. — Am 31. Januar zeigte nun der Verein sein ganzes Können in Musik und Theater. Der Unterhaltungssaal war gedrängt voll und jeder Teilnehmer durfte einige genußreiche Stunden verleben. Unter der Leitung des Herrn Dreiluft-Pforzheim spielte die Kapelle exakt und rein stramme Märsche, schöne Konzertwalzer, Lieder wie „Behüt' dich Gott, es wär!" Was die Leistungen der Theaterspieler und -Spielerinnen betrifft, so waren sie über alles Lob erhaben. Besonders stellte das große ernste Stück „Der Glockengießer von Breslau" starke Anforderungen an die Kunst der Spieler. Es wurde tadellos wiedergegeben und machte einen tiefen Eindruck auf die Anwesenden — man sah manche Tränen fließen. Aber auch für Humor war bestens gesorgt.

Charlottenhöhe bei Calmbach, 6. Febr. Um die große Arbeitslosigkeit in etwas zu beheben, hat der Verein für Volksheilstätten den schon länger geplanten Neubau eines Kinderheims mit 40 Betten zu bauen begonnen. Derselbe kommt westlich der bestehenden Anlage in herrlichster Lage zu stehen, hat eine Länge von etwa 26 Meter, eine Breite von 13 Meter und ist dreieinhalbstockig. An das Gebäude, welches neuzeitlich eingerichtet ist, schließen sich Spielplätze mit Liegehallen an. Die Baukosten sind mit 150 000 M. veranschlagt.

Aus einer alten Chronik.

Mitgeteilt von Carl Seilacher, Herrenalb.

Professor Martin Crusius von Tübingen (geboren 1526) berichtet in seiner Schwäbischen Chronik folgendes: „Im Jahr 1525 am Donnerstage nach dem Fest der Erscheinung Christi ging unter Erzherzogs Ferdinandi Regierung in Württemberg in dem Städtlein Wildbad, welches schier ganz aus Wirtshäusern bestehet, nach zwei andern und ältern Feuersbrünsten, die Kirche samt 23 Gebäuen im Feuer auf, wurde aber nicht lange darnach wieder aufgebaut. Dieses Städtlein liegt zwischen hohen mit Fichten bewachsenen Bergen, in einem engen Tal, durch welches die Enz (worinnen es gute Fische, Forellen und Grundeln gibt) mit großem Geräusch wegen der darinnen liegenden vielen und großen Steine gegen Neupürg zu fließt. Vor dem untern Tor (denn es sind 2 Tore da, ein oberes und ein unteres) und auf der rechten Seite ist eine Vorstadt, größer als das Städtlein selbst.... Zur Rechten hat es folgende Gebäue: des Vogts (Christoph Grimmen) Haus, die Wirtshäuser zum Fuchs, Schwert, Spieß, Hirsch, Bären, Sonne (wo Anno 1594 im Maien M. G. Liebler und ich einkehrten) und Schüssel bei dem obern Tor; zur Linken: die Kirche, die Wirtshäuser zum schwarzen Adler und Christoph, zwischen welchen ein langes und hohes, ehedessen von Herzog Ulrich erbautes Haus steht, wo auch die Edelleute baden können, obwohl das Wasser da nicht sonderlich warm ist. Die alldasigen Prediger wohnen in der Vorstadt, und waren damals M. Johann Weckmann, Pfarrer und M. Melchior Munster, Diakonus, 2 gelehrte und beredte Männer.... Zu Herrenalb (einem von dem vorbeifließenden Fluß Alb also genannten Kloster) besuchte ich den damaligen Abt Konrad Weiß (welcher in der Tat canelicius, auf dem Haupt und im Herzen war, weißgrau und redlich) dahin ich über hohe mit dicken Fichtenwäldern bewachsene Berge, nämlich über den Eiberg und Tobelberg (auf welchem das Dorf Tobel steht) reiten müssen."

Württemberg

Nagold, 6. Februar. (Verhaftetes Wüstling.) Hier wurde ein 22jähriger hiesiger Schreiner festgenommen, der seit einiger Zeit nachts in abgelegenen Stadtteilen nur mit einem Umhang bekleidet, unsittliche Angriffe auf Mädchen und Kinder unternommen hat. Der Wüstling, der tagsüber seiner Arbeit nachging, ist schon wegen ähnlicher Delikte vorbestraft. Die Verhaftung des Unholds hat die aufgeregten Gemüter der Stadt wieder beruhigt.

Freudenstadt, 7. Febr. (Ein Betrüger.) Der ledige 23 Jahre alte Reisende Robert Seifert von Bratsch, früher wohnhaft in Freudenstadt, hat eine Anzahl Bewohner des hiesigen Oberamtsbezirks dadurch betrogen, daß er als Untervertreter einer Zeitschrift Abonnenten geworben hat und sich von diesen unbefugt Anzahlungen leisten ließ.

Stuttgart, 6. Februar. (Eine Festgabe.) Der Schwäbische Albverein hat aus Anlaß des 70. Geburtstags seines Vorsitzenden Professor Eugen Nägele eine Festnummer herausgegeben, die das Bild des Jubilars und seiner Gattin, ihrer Wohnung und zahlreichen Aufsätzen mit hübschen Zeichnungen von Fritz Hallberg, Reinhold Nägele, Hedwig Stroömfeld und H. Lehmann enthält. Diese Festnummer ist eine sinnige Würdigung der Verdienste Professor Nägeles und zugleich eine Freude für alle Mitglieder.

Stuttgart, 7. Febr. (Dienstverschwiegenheit bei der Eisenbahn.) Die Bediensteten der Reichsbahn können in die Lage kommen, daß sie von Postsendungen und ihrem Inhalt Kenntnis erlangen; obwohl für sie die für die Bediensteten der Deutschen Reichspost geltende Verpflichtung zur Wahrung des Briefgeheimnisses nicht besteht, so wird nach einem Erlaß der Reichsbahndirektion doch auch von ihnen beansprucht, daß sie über die erlangte Kenntnis Stillschweigen bewahren.

Stuttgart, 6. Febr. (Notstandsarbeiten.) Eine Kommission von Erwerbslosen sprach im Rathaus bei Rechtsrat Dr. Elsas vor, der in Aussicht stellte, daß schon in wenigen Tagen 300—400 Arbeiter am Weißenhof, weitere 400 in Münster beschäftigt werden sollen. Für insgesamt 1000 Erwerbslose soll binnen kurzem Arbeit geschaffen werden.

Ludwigsburg, 6. Februar. (Kirchturmbletterer.) Der Unfug, zu mitternächtlicher Stunde den Kirchturm zu besteigen, macht anscheinend Schule. Hier hat, wie schon berichtet, der led. Flaschner Richard Regele den Turm der evangelischen Stadtkirche wiederholt bestiegen. Den gleichen Unfug glaubte der Gefreite Gustav Walz in der vergangenen Sonntag nacht nachmachen zu müssen. In der Vorstadt Ohmeil hat der Kerzmacher Karl Lang den Kirchturm erklettert. In zwei Fällen handelte es sich um den Austrag von Wetten, die am Biertisch abgeschlossen wurden. In der leichtsinnigsten Weise riskieren die jungen Leute Leben und Gesundheit und verüben einen Unfug, der die Gefühle des größten Teils der Einwohnerschaft in grober Weise verletzt. Auch heute nacht bestieg wiederum ein junger Mann aus Ohmeil den dortigen Kirchturm. Er wurde sofort in Polizeigewahrsam genommen.

Salzbach, 7. Febr. (In der Fremde gestorben.) Hierher kam die Nachricht, daß der im Oktober 1924 mit seiner Familie nach Venezuela ausgewanderte Friedrich Wölfholz nach langem, schweren Leiden in San Felipe gestorben ist. Wahrscheinlich ist er ein Opfer des dortigen Klimas geworden.

Heilbronn, 6. Febr. (Die Unterschlagungen bei der Oberamtssparkasse.) Die Ermittlungen in dieser Affäre haben zu einer weiteren Verhaftung geführt: Kaufmann Hans Bauer, der einen Handel mit Mineralölen in der Schwäbischgmünderstraße betreibt, ist der Geschäftsmann, den Oberlehrer Schrezenmaier mit dem fremden Geld versah, das er durch Buchungsschiebungen veruntreute. Bauer hat natürlich von dem unrechtmäßigen Erwerb Kenntnis gehabt; er hat für das Geld u. a. große Mengen Benzin angekauft und macht geltend, daß er durch dessen sofortigen Verkauf die Unregelmäßigkeiten zu decken in der Lage gewesen wäre. Tatsächlich hat er auch große Verkäufe getätigt, aber das Geld dafür blieb aus und so mußten, statt das Loch verstopfen zu können, es immer mehr erweitert werden. Bisher sind 45 000 Mark als veruntreut festgestellt worden.

Heilbronn, 7. Febr. (Weitere Verhaftungen in der Oberamtssparkassenangelegenheit.) Bei der Veruntreuungsaffäre bei der Oberamtssparkasse wurden auch der unständige Hilfsmeister Dohnaler und der Hausverwalter Kraus in Untersuchungshaft genommen.

Eybach, OA. Geislingen, 6. Febr. (Felssturz.) Am letzten Dienstag löste sich am Felshorizont in der Pfingsthalde ein mächtiger Block los und sauste mit großem Getöse zu Tal. Auf seinem Weg richtete er arge Verwüstung an, mannsdicke Buchen splitterten wie dünne Stäbchen. Zum Glück wurde er beim Aufsprung etwas seitlich abgelenkt und sah dann auf dem Holzabfuhrweg fest. Hätte er seine geradlinige Bahn durch die angrenzende Tannenhaulne fortgesetzt, so wäre er unmittelbar auf die Häuser von Oßmannsweiler gestoßen. Der Block hat eine Ausdehnung, daß fünf Männer kaum imstande sind, ihn zu umfassen. Falls er nicht durch Sprengung beseitigt werden kann, wird eine Verlegung des Weges notwendig werden. Bei Eintritt milder Witterung im Frühjahr kommt es in unseren felsigen Tälern häufig zu solchen Steinstürzen.

Rottenburg, 6. Febr. (Alte Erinnerungen.) Als vor 60 Jahren das Gaswerk eröffnet wurde, so schreibt die „Rottenburger Zeitung", war das Mißtrauen mancher Kreise gegen die Neuerung recht groß. Nur allmählich fand das Gas Eingang in den Wohnungen. Entsche ganz Gescheite hielten die Gasbeleuchtung überhaupt für eine Art Hexerei. Mit der Technik der Gasgewinnung völlig unvertraut hielten sie es für unmöglich, daß das „Brennöl" den Berg hinauf laufe. Eine alte Frau hier erwartete die Monteure mit dem neuen „Polschamber", was die Bubenwelt mächtig erfreute. Nur mit Polizeiaufsicht konnten die Monteure an ihrem Hause eine für sie unbedeutende Konsole anbringen. Heute macht das Gas als Lichtquelle dem Elektrischen Platz. Was wird nach abermals 60 Jahren das Elektrische ablösen?

Horb a. N., 7. Febr. (Rücktritt des Stadtschultheißen.) Stadtschultheiß Dr. Gechle hat nach zweijähriger Amtsführung sein Rücktrittsgesuch auf 1. März d. J. eingereicht. Er befindet sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in einem Krankheitsurlaub, aus dem er nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird. Das Rücktrittsgesuch wurde bereits in der geheimen Gemeinderatssitzung vom Donnerstag behandelt und wird in der nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzung endgültig verabschiedet werden.

Oberndorf a. N., 6. Febr. (Im letzten Augenblick.) Ein aufregender Zwischenfall spielte sich auf der hiesigen Hochdrücke ab. Das sechsjährige Söhnchen eines Mechanikers, das einem Lastkraftwagen nachlief, wich, von andern Kindern gerufen, nach der Straßenmitte aus und kam vor dem entgegenkommenden Postkraftwagen zu Fall. Dem Führer gelang es noch im letzten Augenblick, den Wagen zu bremsen, sodaß das Kind, dessen Köpfchen direkt vor dem Rad lag, mit einer leichten Quetschung des Armchens davonkam. Den Fahrer trifft nach den Aussagen der Augenzeugen keine Schuld.

Rottweil, 6. Febr. (Schwere Strafen.) Vom hiesigen Schöffengericht wurde der Fabrikarbeiter Martin Kuhli von Trossingen wegen Sittlichkeitsverbrechens (§ 173 des Strafgesetzbuches) zu der Zuchthausstrafe von 1 Jahr und 2 Monaten und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Der Arbeiter Heinrich Port von Biberach, Bauer Beckmann von Neu-Ulm wurde wegen schweren Raubs zu der Gesamtstrafe von 1 Jahr und 4 Monaten und zu 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Die Fabrikarbeiterin Marie Burkhard von Fridingen wurde wegen Abtreibung zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Zainingen, OA. Urach, 7. Febr. (Zur Vernichtung einer Schafherde.) Zu der bereits gemeldeten Vernichtung einer Schafherde des hiesigen Landwirts Schönleber in Münsingen durch zwei Wolfshunde wird noch ergänzend mitgeteilt, daß die beiden Hunde einem Besitzer von Allenbach gehören. Die beiden Hunde waren geradezu tückisch vorgegangen. Während der eine in den Pferch eindrang und die Schafe in Aufregung brachte, sodaß sie über den Pferchzaun sprangen, wurden sie dort von dem andern Hund erwartet, der sie sofort tötete. Die meisten getöteten Tiere waren Mutterschafe in trächtigem Zustand. Viele waren auch durch das Zusammendrängen der Tiere um das Leben gekommen.

Feldstetten, OA. Münsingen, 6. Febr. (Unangenehme Folgen.) Die unheilvollen Auswirkungen, hervorgerufen durch das über 100 000 Reichsmark betragende Defizit der Bezugs- und Absatzgenossenschaft Münsingen, treffen die hiesige Gemeinde besonders hart, da hier viele kleine Landwirte Mitglieder genannter Genossenschaft sind. Im Ganzen mußten von den hiesigen Beteiligten über 10 000 RM. aufgebracht werden. Auch Freunden des Genossenschaftswesens, die eben auch seine Schattenseiten besitzt, dürfte anläßlich solcher Vorkommnisse (der Münsinger Fall ist nicht der einzige) zu empfehlen sein, bei fernerer Beteiligung an Genossenschaften größte Vorsicht walten zu lassen.

Ulm, 6. Febr. (Straßenneubau.) Die Staatsstraße Augsburg-Ulm wird teilweise verbreitert bezw. umgebaut, um die großen Kurven, die dem immer mehr überhandnehmenden Autoverkehr gefährlich werden, einigermaßen in gerade Linien zu bringen. Es werden große Mengen von Quarzsteinen zur Unterlage angefahren und abgeladen.

Ulm, 6. Febr. (Erfroren.) In ein Münchener Krankenhaus wurde vor einigen Tagen der 23 Jahre alte Elektromonteur Otto Kleinhans von hier eingeliefert. Es waren ihm auf der Wasserkuppe, auf der er sich seit 2. Januar befand, die beiden Füße erfroren. Er ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Zwiefaltendorf, OA. Riedlingen, 6. Febr. (Zum Einsturz der Brücke.) Der Einsturz und die Wiederherstellung der vor den Weihnachten infolge Hochwassers zusammengebrochenen Holzbrücke über die Donau bewegt die Einwohnerschaft in lebhafter Weise. Die Erstellung einer 60 Meter langen Brücke in Eisenbeton kommt auf 100 000 Mark zu stehen, die einer Holzbrücke auf 20 000 bis 30 000 Mark. Wenn der Staat an den Kosten der Betonbrücke ein Drittel, die Amtskörperschaft Riedlingen auch einen größeren Beitrag gewähren und vielleicht sonstige Gemeinden sich mit Beiträgen beteiligen, so bildet der Rest für die Gemeinde Zwiefaltendorf immerhin bei den aufs höchste gesteigerten Verzinsungen eine unerschwingliche Last. Deshalb mehren sich die Stimmen für eine Holzbrücke, die bei sachgemäßer Ausführung immerhin 20 bis 40 Jahre aushalten kann. Da jetzt wird der Personenverkehr über die Donau, auch für die Zwiefaltendorfer Schulkinder, in beschränkter Weise durch größere Kiesnachen vermittelt.

Friedrichshafen, 6. Februar. (Preisüberbietung.) In der heutigen Sitzung der Preisprüfungsstelle wurde seitens der Metzgermeister Protest dagegen erhoben daß ein Tettnanger und ein Weingartener Viehhändler bei einem Landwirt in Hemigkofen die Stuttgarter Notierung von 42—44 Mark für Ochsen 1. Klasse um 16 Prozent überboten, indem sie für den Zentner Lebendgewicht ab Stall 50 Mk. anboten.

Waldsee, 6. Febr. (Auch ein Geschäft.) Ein Landwirt aus dem Haistergau verkaufte nach längerem Gespräch am Wirtstisch der Bierkrug seines mehr als einen Morgen großen Kartoffelackers, der sich noch in der Erde strecke, um — drei Maß Bier, ein Kaufgeld, den er noch auf zwei zu ermäßigen versprach, wenn die Kartoffeln nicht gut wären.

Hochdorf, OA. Waldsee, 6. Febr. (Unfug.) Hier treiben nach Heinzelmännchen des Nachts ihr Unwesen. Vorgestern nacht wurde einem Bürger der Dungwagen geladen; einem anderen wurde ein Mostfaß mit 300 Litern geleert.

Ißelberg, OA. Heidenheim, 7. Febr. (Im Tode vereint.) Nach langer Krankheit verschied Frau Johanna Elser im Alter von 81 Jahren. Unerwartet rasch folgte ihr schon am Tage nach der Bestattung der 68 Jahre alte Ehegatte Wilhelm Elser im Tode nach.

Herbrechtingen a. Brenz, 2. Febr. (An die Kinderreichen.) Vom Landesverband der Kinderreichen Württembergs wird uns geschrieben: In dem Maße, wie das Vorhandsein eines Reichsbundes und eines Landesverbandes der Kinderreichen bekannt wird, häufen sich auch die Fälle, in denen vorseitens dringender Kinderreicher, ohne daß sie überhaupt Mitglied sind oder werden wollen, Unterstützungs- und Darlehensgesuche aller Art eingereicht werden. Die meisten dieser Schreiber ersparen sich die Mühe des Nachdenkens, woher der Landesverband denn diese großen Mittel und ungeheure Machtfülle bekommen soll, um all diese Wünsche und Begehren auch nur einigermaßen zu erfüllen. Er müßte schier den Besitz eines Goldbrünnleins und diktatorische Allgewalt aufweisen, um helfen zu können. Reichsbund und Landesverband sind weder eine Darlehenskasse noch ein Tischleindeckdich für kinderreiche Familien. Ja, wenn wir nicht Millionen von Zuschüssen hätten, die gedanken- und danklos von den Früchten unserer Arbeit (Einkommensteuerermäßigung, Fahrpreisermäßigung, erhöhte

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Baudarlehen, Mieterschutz usw. usw.) zehren, ohne daß sie es für nötig halten, ihr Scherflein zu den Kosten in Form eines Mitgliedsbeitrags oder Fördererbeitrags beizusteuern. Und doch ist es eine ganz einfache Rechenaufgabe, daß ein monatlicher Beitrag von nur 25 Pfg. bei 3,1 Mill. Kinderreichen die schöne Summe von 3 Mill. im Jahre ergeben würde. Damit könnte dann unter der Form von Darlehen manche Not behoben werden, ohne Goldbrünnlein und ohne die Notwendigkeit, betteln zu gehen. Reichsbund und Landesverband sind unter den jetzigen Verhältnissen Kampf-Organisationen und werden dies auch fürs nächste bleiben müssen. Das sei gesagt, um unnützen Hoffnungen und sonst unausbleiblichen Enttäuschungen vorzubeugen. Nicht Hartherzigkeit, sondern Vernunft zwingt uns, dies zu sagen.

Aalen, 5. Febr. (Leichenöffnung.) Im hiesigen Leichenhaus wurde der Leichnam des Josef Jakob von Himmlingsweiler durch eine Gerichtskommission geöffnet. Zu Beginn wurde der Täter Xaver Lang durch zwei Landjäger gefesselt im Amtsgerichtsgefängnis abgeholt und dem Leichnam gegenübergestellt. Der Leichnam hatte vier klaffende tiefe Stichwunden, eine auf der Brust, zwei in der Achselhöhle und eine im Rücken. Durch zwei Stiche wurde die Lunge stark verletzt und durch einen Stich in der Achselhöhle die Schlagader durchschnitten, was jedenfalls den raschen Tod durch Verblutung herbeigeführt hat. Nach der Art und Gefährlichkeit der Verletzungen scheint der Täter die Stiche mit brutaler Gewalt ausgeführt zu haben.

Baden.

Pforzheim, 7. Febr. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde bei der hiesigen Firma Scholl A.G. mit einem Verlust von 190 000 Mark gearbeitet. Der bisherige Aufsichtsrat hat seine Aemter niedergelegt.

Markdorf, 6. Febr. Der 23 Jahre alte Schuhmacher Max Steiner wurde vor etwa drei Wochen zu dem in der Nähe von Heiligenberg krank darniederliegenden Vater seiner Braut gerufen. Steiner kam dem Wunsche nach, ist aber nicht in Heiligenberg angekommen. Seither fehlt jede Spur von ihm.

Singen a. H., 6. Febr. Die Boykottbewegung gegen Italien macht sich auch auf der Transitstation Singen bemerkbar. Der Frachtverkehr ist mehr als um die Hälfte zurückgegangen. Auch der Reiseverkehr nach Italien ist gegenüber den früheren Jahren, der bereits anfangs Februar einsetzte, bedeutend geringer.

Generalversammlung des Vereins für Holzinteressenten Südwestdeutschlands.

Freiburg, 5. Febr. Der Verein der Holzinteressenten von Südwestdeutschland hielt am 4. und 5. Februar in Freiburg seine ordentliche Generalversammlung ab. Die Versammlung war mit einer Erinnerungsfeier anläßlich des 25jährigen Bestehens des Vereines verbunden. Während der erste Teil der Generalversammlung, der am 4. Februar stattfand, der Erledigung interner Vereinsangelegenheiten gewidmet war, fand heute der offizielle Teil der Generalversammlung, sowie ein Festakt statt. Der Vorsitzende des Vereins, Dr. h. c. Hermann Himmelsbach, begrüßte die zahlreich erschienen Ehrengäste und Vereinsmitglieder. Ein reicher Kranz von Rednern überbrachte dem Verein der Holzinteressen Glückwünsche. Hierauf erstattete der Geschäftsführer Heinrich Hertzog-Freiburg den Geschäftsbericht, der ein Spiegelbild der gegenwärtigen allgemeinen Schwierigkeiten in Industrie und Handel darstellt. Der Redner sprach über die verschiedenen Belange des südwestdeutschen Holzwirtschaftsgebietes und die Tätigkeit des Vereins auf allen Gebieten. Direktor W. Schabel von der Süddeutschen Holzwirtschaftsbank A.G. München-Stuttgart referierte hierauf über die Finanzierung des Rundholzeinkaufs. Die Holzwirtschaftsbank macht es sich zur Aufgabe, diesen Einkauf auf dem Wege des Kredits zu ermöglichen. Dies versuche sie vor allem durch die selbstschuldnerische Uebernahme von Bürgschaften. Zeitgemäße und Fragen aus dem Kreditwesen behandelte Universitätsprofessor Dr. Höniger-Freiburg. Er knüpfte an an verschiedene Gegenstände, die bereits in der Versammlung zur Sprache gekommen waren, und behandelte dann diese Fragen vom juristischen Gesichtspunkte aus. Die Versammlung genehmigte hierauf einmütig den Antrag der württembergischen Ortsgruppe, die nächste Tagung in einem noch zu bestimmenden württembergischen Orte abzuhalten. Bei dem sich an die Generalversammlung anschließenden Festakt hielt Landtagsabgeordneter und Sägewerkbesitzer Duffner-Furtwangen die Festrede. Herzliche Grüße sandte er nach Elsaß-Lothringen, wo auch in Straßburg die Wiege des Vereins der südwestdeutschen Holzinteressenten gestanden hat. Der Vortragende verbreitete sich dann über die allgemeine Wirtschaftslage. Er wandte sich gegen die derzeitige Wirtschaftspolitik des Reiches. Nur der feste Glaube an unser Volk und Vaterland könne den Wiederaufstieg Deutschlands ermöglichen. Herzliche Worte fand der Redner für den nun seit 25 Jahren ununterbrochen tätigen Vorsitzenden des Vereins, Dr. Hermann Himmelsbach, dessen Verdienste er in beredten Worten würdigte. Der zweite Vorsitzende, C. Commerell-Hösen a. E. verkündete dann den Beschluß des Vorstandes, Dr. Himmelsbach für seine 25jährige verdienstvolle Tätigkeit zum Ehrenvorsitzenden des Vereins zu ernennen. Zum Schluß wurde dem Vorsitzenden Dr. Himmelsbach als besondere Anerkennung der Mitglieder für seine Verdienste eine Büste übergeben.

Vermischtes.

Gefährliches Kammerfensterln. Ein junger Bursche, der in einem bayerischen Dorf an einer Leiter bis zum Fenster seiner Angebeteten emporgestiegen war, hatte nicht bemerkt, daß inzwischen der Dienstherr des Mädchens sich genähert hatte. Ehe als er einsteigen wollte, zog ihm dieser die Leiter unter den Füßen weg und der Bursche stürzte in die Jauchegrube. Bei dem Sturz war der Bursche mit dem Kopf auf einen Stein aufgeschlagen und bewußtlos geworden, doch konnte ihn der Bauer, der ihn mit einer Mistgabel „herausfischte", vor einem jämmerlichen Ende bewahren.

Der verräterische Schnupftabak. Der Postschaffner Alois Bedenbauer, der seit Jahren Briefe mit Geldinhalt und Pakete unterschlagen hatte, wurde in Dinkelsbühl verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. U. a. hatte er auch ein Paket mit Schnupftabak geraubt, in das er einen Zettel mit folgenden Zeilen legte: „Da ich auch ein Schnupfer bin, entnehme ich den Inhalt und lege etwas anderes bei, was Du auch brauchen kannst".

Was in der Eisenbahn alles liegen bleibt. Im vergangenen Jahr wurden auf der Bahnstation Lindau eine große Anzahl von Fundgegenständen eingeliefert, darunter 22 Geldbörsen, Brieftaschen und Damenhandtäschchen mit einem Barbetrag von 1800 M., 270 000 Kronen und 33 Franken, ferner ein lebender Hund, 3 Uhren, 108 Ueberzieher und Mäntel, 190 Schirme, 46 gefüllte Rucksäcke und vieles andere. Von diesen 1176 Gegenständen konnten nur 596 den Verlierern wieder zugestellt werden; 580 Gegenstände wurden nach München zur Versteigerung gesandt.

Ein Zeichen der Zeit. Bei einer Zwangsversteigerung von Schuhwaren in Annweiler in der Pfalz wurden durchschnittlich Preise von 2 bis 4 Mark für ein Paar erzielt.

Ein dreister Raubüberfall. Freitag abend erschienen in der Wohnung des Gemeindevorstehers in der Ortschaft Modesse in Sachsen zwei maskierte Räuber und richteten Revolver auf die Eheleute und forderten sie auf, alles Bargeld herauszugeben. Während der eine Räuber den Gemeindevorsteher in Schach hielt, zwang der andere die Frau, die Behälter zu öffnen und das Geld herauszunehmen. Etwa 1000 Mark fielen den Räubern in die Hände. Als sie ihre Beute in Sicherheit hatten, fesselten sie die Eheleute mit Strücken an Stühle und nahmen noch zwei Fahrräder mit, mit denen sie entkamen. Die Verfolgung wurde alsbald aufgenommen.

Der deutsche Dampfer „Emden" gesunken. Wie aus Gibraltar gemeldet wird, landete der deutsche Dampfer „Saffi" dort sechs Matrosen des Dampfers „Emden", der 20 Meilen von Lissabon während eines Sturmes gesunken ist.

Eine Amerikanleihe der Bremer Hypothekenbanken. Wie verlautet, sind die Verhandlungen zwischen einer amerikanischen Bankengruppe unter Führung von Brown Brothers und der Vereinigung Bremer Hypothekenbanken über eine 7½prozentige Goldanleihe im Betrag von 10 Millionen Dollar so gut wie abgeschlossen. Die Anleihe wird am 1. 2. 1951 fällig sein.

5 Millionen Goldmark 6prozentige Nürnberger Stadtanleihe. Ein Konsortium unter Führung des Bankhauses Mendelssohn & Co. Berlin und der Bayerischen Vereinsbank in München und Nürnberg hat eine 6prozentige innerhalb von 25 Jahren zu tilgende Anleihe der Stadt Nürnberg (städtische Inlandsanleihe vom Jahre 1926) im Betrage von nominell 5 Millionen Goldmark übernommen und wird diese demnächst zur Zeichnung auflegen.

Der kaufmännische Arbeitsmarkt im Januar 1928. Vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband wird uns geschrieben: Der Zugang an offenen Stellen war im Januar sehr gering. Ein Vergleich mit den Zugangsziffern des Monats September zeigt, daß ein Rückgang beim Großhandel von 36 Prozent, bei der Industrie von 66 Prozent und beim Kleinhandel von 74 Prozent festzustellen ist. Im Monat September entfielen von 100 offenen Stellen 28 auf die Industrie, 31 auf den Großhandel und 26 auf den Kleinhandel. Für den Monat Januar ergibt sich folgendes Verhältnis 19:39:13. Die Nachfrage nach Kaufmannsgehilfen war in Westdeutschland unbedeutend; sie war in Nordwestdeutschland und im Osten etwas reger. In verschiedenen Großstädten führten die Inventurausverkäufe des Kleinhandels zu Neueinstellungen.

Steinadler im Bregenzerwald. Man schreibt aus Bregenz: In nicht geringen Schrecken wurde dieser Tage eine rodelnde Kinderschar im Dorfe Au im Bregenzerwald versetzt, als plötzlich knapp über ihr ein mächtiger Steinadler erschien. Der König der Lüfte hatte es aber nicht auf die Kinder abgesehen, er trug bereits einen Schneehasen in seinen Fängen, mit dem er der Felswand der „Fluh" zuschwebte und ihn dort kröpfte. Das Geschrei und Gekrächze der aufgeregten zahlreichen Krähen konnte ihn nicht stören; nachdem der Adler den Schneehasen in aller Gemütsruhe verzehrt hatte, schwebte er wieder majestätisch dem Korbschrofen zu, wo sich sein Horst befindet. Da der Schnee in den Bergen das Kleinwild zwingt, sich im Tal die nötige Nahrung zu suchen, kommen auch die Raubvögel bis in die Häuser herab, um sich hier ihre Opfer zu suchen, und diesmal war's eben ein wohlschmeckender Schneehase. Beispiele aus der Schweiz besagen jedoch, daß auch schon Kinder durch Adler entführt wurden.

Ein Fischsterben im Bodensee. Man schreibt aus Bregenz: Eine seltsame Fischtragödie war dieser Tage vor Bregenz zu beobachten. Jedenfalls infolge Beschädigung eines Rohres war vom Bregenzer Gaswerk aus durch einen Kanal Ammoniak in den Gondelhafen gelangt. Ammoniak ist selbst in geringster Menge Gift für die Fische, die es sofort an den Kiemen angreift und ätzt. Und so sah man Tausende kleiner Fischchen — auch größere Schleien kamen aus dem Schlamm hervor — halbtot an der Oberfläche schwimmen. Für die vielen Möven war dies natürlich ein gefundenes Fressen im wahrsten Sinne des Wortes und unter lautem Gekreische ging's auf die Fische los, die mit einer seltenen Gier verschlungen und fast ebenso schnell wieder verdaut wurden. Weniger erfreut war dagegen der Fischereibesitzer.

Eine politische Liebestragödie in Litauen. Großes Aufsehen hat in Litauen der Selbstmord einer jungen Dame, Tochter eines reichen adeligen Gutsbesitzers im Kreise Schaulen, erregt. Die Dame wurde 1920 in Moskau von der Tscheka verhaftet. Ein aus ihrem Heimatkreise gebürtiger junger Tschekabeamter rettete sie aus dem Gefängnis und ermöglichte ihr die Rückkehr in die Heimat. Der Retter soll dann später aus Liebe zu der Dame Rußland verlassen und in Litauen ein Wiedersehen mit ihr angestrebt haben, doch hätte der Vater des Mädchens das verhindert. Als die Tochter trotzdem mit ihrem Retter in Schaulen zusammentreffen wollte, erfuhr sie, daß er von der litauischen Polizei als Kommunist verfolgt wurde und ins Ausland entflohen sei. Aus Kummer über die Trennung soll sie den Selbstmord verübt haben.

Der Bandit in der Mönchskutte. Der Räuber Jurischenko in Wolhynien hatte sich eine besondere Kriegslist erdacht, um einen Schlupfwinkel zu haben, wohin er sich vor den Nachstellungen der Polizei flüchten konnte. Er trat als Mönch in ein Kloster ein, von dem aus er dann „Pilgerfahrten" unternahm, über deren wahren Zweck die frommen Mönche des Klosters natürlich nicht orientiert waren. Bei einem dieser Ausflüge wurde der Bandit von der Polizei ergriffen und ist jetzt vom Sowjetgericht in Shitomir zum Tode verurteilt worden.

Auf- und Abwärts. Ueber den dänischen „Gulasch-Baron" Stanley Beldring wurde der Konkurs verhängt. Stanley Beldring verdiente vor dem Krieg hübsche Summen im Diamantenhandel in Südafrika und kehrte im Jahre 1914 in sein Vaterland, Dänemark, bereits als reicher Mann, zurück. Der Krieg brach aus und Beldring witterte Geschäfte. Er bot den mitteleuropäischen Heeresleitungen die Lieferung von Fleischkonserven an. Er wurde zum Riesenlieferanten und zu einem der reichsten Leute Dänemarks. Er bekam von seinem Volke als erster den Titel: „Gulasch-Baron". Nach dem Kriege versuchte er sich als Schiffsreeder und verrechnete sich so gründlich, daß er jetzt in Konkurs geriet.

Eine Milliarde Mark für Anzeigen. Bei der Eröffnung der Jahresversammlung der englischen Anzeigen-Gesellschaft erklärte der Vorsitzende Sir William Berry, daß das Anzeigenwesen für das Wiederaufblühen des britischen Handels von allergrößter Bedeutung sei; er teilte mit, daß im vergangenen Jahr in England annähernd eine Milliarde Mark für Anzeigen ausgegeben wurde.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 6. Febr. (Obst- und Gemüsegroßmarkt). Eßäpfel 25—35, Tafeläpfel 15—25, Kartoffeln 4—5, Endiviensalat 10—20, Wirsing 10—15, Filderkraut 5—7, Weißkraut 5—7, Rotkraut 7—10, Blumenkohl pro Stück 70—100, Rosenkohl 15—30, Rote Rüben ½ Kg. 6—8, gelbe Rüben 7—10, Zwiebel ½ Kg. 7—10, Rettiche 3—6, Sellerie 1 Stück 10—25, Schwarzwurzeln 30—40, Spinat 40—50.

Fruchtpreise. Biberach: Gerste 8.70—9.20, Haber 7.80—8.60, Weizen 11.30—11.40, Roggen 8.50—9, Korn 13 Mark. — Allertissen: Kern 11.80—12.90, Roggen 8.50—9, Gerste 9.50—9.70, Haber 8.40 bis 8.80 Mark. — Tuttlingen: Weizen 12, Gerste 10.50, Haber 8 bis 8.40 Mark. — Wangen i. A.: Roggen 9.80—10.50, Gerste 10—11, Haber 9.70—10.50, Weizen 12—13. — Ehingen: Gerste 9.50, Haber 8.50 Mark der Ztr.

Viehpreise. Crailsheim: Stiere 440—450, Kühe 480, Kälber 210—260 Mark. — Illertissen: Jungbullen 400—500, Jungochsen 325—420, Kalbinnen 440—500, Jungrinder 175—300, 1 Ztr Schlachtochsen 44 Mark. — Metzingen: Ochsen 450—755, Kühe 250—650, Kalbinnen 450—700, Jungvieh 90—250 Mark. — Sulz a. N.: ½jährige Rinder 105—180, jährige 200—250, Kühe 200—500, Kalbinnen 350—500, Ochsen 500—600, Stiere 350—400 Mark das Stück.

Holzpreise. Bei dem Holzverkauf in Ebershardt OA. Waiblingen kosteten Nutzholzscheiter 12—14 Mark, tannenes Prügel 8.50—12, tannenes Anbruchholz 8—12, buchenes Klotzholz 12.50, Stockteile 16 bis 20, Reisteile 20—22 Pf. — In Gaebach kosteten 2 Rm. buch. Schtr. 40—44, Prügel 24—30 Mark. — In Mergentheim wurden lebhafte Holzpreise erzielt. Für 3 Rm. Buchenholz wurden nämlich 72—75 Mark bezahlt. Vor einigen Wochen noch 54 Mark.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 7. Febr. Der Abg. Rath (D. Vp.) hat zu den bevorstehenden Beratungen über Staatsvereinfachung und Gestaltung des Staatsministeriums folgende Kleine Anfrage eingebracht: „Für eine sachgemäße Beurteilung der beiden Gesetzesentwürfe über das Staatsministerium usw. und die Staatsvereinfachung erscheint es notwendig, schon jetzt von den einschlägigen Anträgen des sog. Sparausschusses Kenntnis zu erhalten. Ist das Staatsministerium in der Lage, den Landtag von dem Stand der Arbeiten dieses Ausschusses in geeigneter Weise zu unterrichten?"

Stuttgart, 7. Febr. Der frühere langjährige Zentrumsabgeordnete zum Landtag und ehemalige Schriftleiter des „Deutschen Volksbl.", Gustav Hauser, ist am Sonntag früh plötzlich, 48 Jahre alt, an einem Herzschlag gestorben. In Ulm am 2. Juli 1877 geboren, war Hauser zuerst im Volksschuldienst tätig und ging dann zur Journalistik über. Im Landtag vertrat er lange Jahre den Neckarsulmer Wahlkreis, war eine zeitlang Proporzabgeordneter und hat sich besonders der Interessen des württ. Weinbaus angenommen. Nach seinem Ausscheiden aus dem „Deutschen Volksblatt" leitete er das katholische Sonntagsblatt.

Berlin, 7. Febr. Die deutsche Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbunds heute mitgeteilt, daß sie von dem Antrag auf Vertagung der vorbereitenden Abrüstungskommission Kenntnis genommen hat und im Falle, daß der Rat die Vertagung beschließe, nur den Wunsch aussprechen möchte, daß die Kommission in jedem Falle vor dem 15. Mai zusammentritt.

Berlin, 7. Febr. Wie das „Berl. Tagebl." hört, fanden gestern Durchsuchungen in den Büros der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und in denen des Zentralverbandes der christlichen Landarbeiter statt, um die Bücher zu prüfen, in denen das Darlehen an den in der Femeangelegenheit viel genannten Oberleutnant Schulz gebucht und ausgebucht wurde.

Berlin, 8. Febr. Unter dem Verdacht des Kindesmordes sind der 24 Jahre alte Berliner Kaufmann Walter Thiemann und seine 22jährige von ihm geschiedene Frau in Untersuchungshaft genommen worden. Sie sollen ihren am 6. März 1925 geborenen Sohn Günther ermordet und die Leiche beseitigt haben. Es wurde festgestellt, daß Frau Thiemann kurz vor der Scheidung versucht hat, das Kind zu vergiften. Es konnte aber damals durch einen Arzt gerettet werden.

Berlin, 8. Febr. Die „Montagspost" meldet aus Moskau, daß die einem deutschen Gelegenheitskurier gestohlene Post des Generalkonsulats in Tiflis gestern der deutschen Botschaft zugestellt worden sei.

Berlin, 7. Februar. Nach einer Mitteilung des Demokratischen Zeitungsdienstes ist zwischen dem preußischen Kultusministerium und dem Intendanten v. Schillings eine endgültige Einigung in der Weise getroffen worden, daß an den Intendanten v. Schillings ein Pauschalbetrag für die ihm aufgrund seines Vertrages zustehenden Bezüge inzwischen ausgezahlt worden ist.

Paris, 7. Febr. Nach einer Washingtoner Meldung teilt das Weiße Haus offiziell mit, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht daran denke, eine Abrüstungskonferenz auf eigene Faust einzuberufen.

Paris, 7. Febr. Aus Kairo wird gemeldet, daß die beiden deutschen Matrosen, die im Jahre 1923 den englischen Untertan Temsik Ben Karam ermordet hatten, vom deutschen Konsulargericht unter dem Vorsitz des Ministers a. D. Heinze zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden sind.

Paris, 7. Febr. Die „Liberte" will wissen, daß die französische Regierung die Absicht habe, auf Reparationskonto bei deutschen Werften Schiffe für französische Reedereien zu bestellen.

Paris, 7. Febr. Havas berichtet aus Lissabon: Während des letzten Aufstandsversuchs wurde das Unterseeboot „Hydra" von den Splittern einer in der Nähe des Arsenals explodierenden Granate getroffen. Das U-Boot wird gegenwärtig ausgebessert.

Paris, 7. Februar. Wie Havas aus Lissabon meldet, wurden gestern die Führer der Aufstandsbewegung nach den Azoren abtransportiert.

London, 7. Febr. Dem „Observer" zufolge wird die Verleihung der goldenen Medaille der Königlichen Astronomischen Gesellschaft an Professor Einstein am nächsten Freitag erfolgen. Der Präsident der Gesellschaft wird dabei in seiner Rede die Verleihung eingehend begründen.

Kundgebung zur Steuernot.

Stuttgart, 7. Febr. Der übermäßige Steuerdruck, der seit Jahren und immer unerträglicher auf Industrie, Handel und Gewerbe des Landes lastet und die ohnehin sehr ernste, wirtschaftliche Krise wesentlich verschärft, hat zu lebhaften Beunruhigungen und zu starken Spannungen in der Wirtschaft geführt. Zum Protest gegen das Uebermaß von steuerlicher Belastung veranstalteten die Spitzenverbände von Industrie und Handel in Verbindung mit dem Württ. Industrie- und Handelstag in zwei Parallelversammlungen im großen Saal des Stadtgartens und im Festsaal der Handelskammer heute große öffentliche Kundgebungen zur Steuernot. Nach Begrüßungsworten von Kommerzienrat Fischer-Stuttgart hielt der Direktor der Maschinenfabrik Eßlingen, Dr. Keßler, das Hauptreferat und die Berichterstattung für den Verband Württ. Industrieller. Er bezeichnete als Ausgangspunkt der unerträglich gewordenen Steuerpolitik des Reichs und der Länder die Zeit vom Herbste 1923. Damals konnte die Währungsstabilisierung nur erreicht werden durch stärkste Anspannung der Steuerschraube. Das Jahr 1924 stand weiter unter dem Zeichen einer beispiellosen Steuerüberforderung. Der Mehrertrag von Steuern von drei Milliarden Mark im Jahre 1924 wurde aber durch nachträgliche Ausgabebewilligung aufgezehrt. Die Ursache unseres Elends liegt darin, daß diese Steuerpolitik auch für die Folge beibehalten wurde. Heute müssen im ganzen zwölf Milliarden Steuern aufgebracht werden gegenüber fünf vor dem Kriege. Die öffentlichen Abgaben betragen heute 40 Prozent des Volkseinkommens gegenüber 11 Prozent im Frieden. Die neuen Haushaltpläne lassen keinen Anlauf erkennen, um die Steuerlast einzuschränken. Nach wie vor muß die Wirtschaft fünf Monate für die öffentliche Hand arbeiten und nur sieben Monate für ihren eigenen Gewinn. Zu einer betriebswirtschaftlichen Neuorientierung fehlen überall die Mittel. Die Angriffe auf die Substanz machen jede Kapitalneubildung unmöglich. Es ist keine Uebertreibung, wenn die Wirtschaft erklärt, daß sie auf diese Weise nicht weiterkommen könne. Die öffentliche Verwaltung muß durch einschneidende Sparmaßnahmen auf ihrem eigenen Gebiet die Maßnahmen der Wirtschaft unterstützen. Man kann auf die Dauer nicht Staatswirtschaft und Volkswirtschaft auseinanderhalten. Es ist zweckmäßiger, das Geld in der Wirtschaft zu lassen, wo es besser

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

verwandt wird, als durch behördliche Notstandsaktionen. Die Wirtschaft muß die Gewißheit haben, daß die Mittel, die man ihr entzieht, nur für wirkliche Lebensnotwendigkeiten des Staates verwandt werden. Die Ausgabeseite der Haushaltpläne kann eingeschränkt werden, ohne daß das öffentliche Wohl leidet. Ein schematischer Personalabbau im Staat wird aber nicht zu vermeiden sein. Der Redner erinnerte an die Notwendigkeit der Verminderung der 2000 Volksvertreter in Deutschland. Der Aufhebung der Sonderbehörden von zweifelhafter Existenzberechtigung, der Verbesserung der Behördenorganisation, der Ausmerzung der Doppelarbeit, der Beseitigung aller Ueberbleibsel aus der Kriegs-, Revolutions- und Inflationswirtschaft. Die Hälfte sämtlicher Reichsbeamten, das Militär nicht eingerechnet, sind Steuerbeamte, die zwei Drittel sämtlicher Personalausgaben der Reichsverwaltung verschlingen. Die Ausgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden für Besoldungen und Pensionen betragen gegenwärtig 8¾ Milliarden. Diese Zahlen sind erschütternd. Wer Gelegenheit hatte, die Arbeit auf öffentlichen Kanzleien zu beobachten, konnte sich von der Möglichkeit eines Personalabbaus überzeugen. Der Staat hat kein Geld, bloße Anwesenheitsgelder zu bezahlen. Auch die Gemeinden, die sich Befugnisse wie ein Reichstag zulegen, müßten ihre großen Pläne, die meistens der Verschönerungs- und Vergrößerungssucht entspringen, zurückstecken. Die Not der Zeit wird auch diese noch zur Sparsamkeit zwingen. Zum Schluß betonte der Redner das Recht der Wirtschaft um des Staates und des Volkes willen. Er schloß mit der Aufforderung: Heraus aus wirtschaftlicher Laubheit und Gleichgültigkeit, weg vom fiskalischen Egoismus.

Nach der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede gaben verschiedene Verbände im Sinne der gemachten Ausführungen besondere Erklärungen ab, so die Arbeitsgemeinschaft des württ. Einzelhandels, die Vereinigung württ. Banken und Bankiers, der Zentralverband des deutschen Großhandels, der Stuttgarter Privatversicherungsverband und das Württ. Handwerk. Zum Schluß wurden in einer Entschließung folgende Forderungen aufgestellt: Jährliche Festlegung der steuerlichen Gesamtbelastung durch ein Gesetz, Ermäßigung der Steuerbelastung um mindestens 20 Prozent, Vereinfachung der Steuergesetzgebung und -Verwaltung, Anpassung der Steuervorauszahlungen an die verschlechterte Wirtschaftslage. Für Württemberg im besonderen wurde gefordert: Veranlagung zur Gewerbesteuer für 1925 auf der Grundlage der Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftssteuer, Neuregelung der Gewerbesteuer für 1926 unter Rückkehr zur Veranlagung nach dem Ertrag, Festlegung des Höchstsatzes der Gewerbesteuer für 1926 auf 4 Prozent für den Staat und 12 Prozent für die Gemeinden, Aufhebung der Gebäudeentschuldungssteuer für die gewerblichen Betriebsgebäude, Anpassung der Kirchensteuer an das tatsächliche Einkommen, Einführung des Rechtsmittels der Berufung in Landes- und Gemeindesteuersachen. Die Kundgebung der auch Vertreter der Ministerien, sowie Reichs- und Landtagsabgeordnete beigewohnt hatten, wurde von dem Vorsitzenden mit Dankesworten geschlossen.

Willkür der Saarregierung.

Biersen, 7. Febr. Der Parteisekretär des Zentrums für Biersen und den Kreis Kempen, Dr. Vogt, der am 13. November 1925 von der saarpfälzischen Gemeinde Mittelbexbach zum Bürgermeister gewählt wurde, ist von der Saarregierung seinerzeit nicht bestätigt worden, da er nicht im Saargebiet geboren sei, (er ist geborener Pfälzer) und auch die Eigenschaft eines Saarländers nicht erworben habe. Am 21. Dezember wählte Mittelbexbach ihn aufs neue zum Bürgermeister. Nunmehr hat die Saarregierung mit der gleichen Begründung die Bestätigung abermals abgelehnt.

Eine Befreiungsfeier in Düsseldorf.

Düsseldorf, 2. Febr. Im linksrheinischen Stadtgebiet fand unter Beteiligung der ganzen Bevölkerung heute eine Befreiungsfeier statt, die mit einem großen Dankgottesdienst eingeleitet wurde. Bei einer großen Kundgebung am Nachmittag betonte Oberbürgermeister Dr. Lehr, daß die Leiden der sieben Jahre Besatzungszeit wohl niemals von der Bevölkerung vergessen werden würden. Man solle aber heute diese Leiden nicht in den Vordergrund stellen, sondern hoffen, daß der Geist von Locarno zu einem wahren Völkerfrieden und zur baldigen Befreiung der noch besetzten rheinischen Gebiete und des Saargebietes führen werde.

Begnadigung aus politischen Gründen.

Berlin, 7. Febr. Wie die Tel.-Union von zuständiger Seite erfährt, hat der Reichspräsident dem Schriftsteller Heinrich Wandt, der im Dezember 1923 vom Reichsgericht wegen Landesverrat und Hehlerei zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, den Rest der Strafe im Gnadenweg erlassen. Die widerholte Nachprüfung des Urteils hat keinerlei Zweifel daran aufkommen lassen, daß Wandt zu Recht wegen Hehlerei und Landesverrats verurteilt worden ist. Eine mißverständliche Wendung in den Urteilsgründen hat indessen zu einer bedauerlichen Beunruhigung der öffentlichen Meinung in Belgien geführt. Im Interesse der politischen Beziehungen erschien es erwünscht, dieser Beunruhigung durch einen Gnadenbeweis den Boden zu entziehen, zumal auch seitens der belgischen Regierung zur Förderung der gegenseitigen Verständigung das belgische Urteil gegen deutsche Schutzpolizeibeamte in der Angelegenheit der Tötung des belgischen Leutnants Graff einer Nachprüfung durch eine unter neutralem Vorsitz paritätisch zusammengesetzte Stelle zugeführt worden ist. Wandt hat, abgesehen von der auf die Strafe in Höhe von neun Monaten in Anrechnung gebrachten Untersuchungshaft über zwei Jahre der Strafe verbüßt.

Die deutsche Antwort auf die Rede Mussolinis.

Berlin, 8. Febr. Wie die Blätter schreiben, wird die Debatte über die Interpellation der Deutschnationalen im Reichstag, die sich mit Südtirol beschäftigt, in einer der nächsten Reichstagssitzungen den Parteien Gelegenheit geben, auch zu der Rede Mussolinis Stellung zu nehmen. Der „Montag", die Sonderausgabe des „Berliner Lokalanzeigers" nimmt an, daß der Reichsaußenminister die Interpellation beantworten und dabei auch auf die Ausführungen Mussolinis eingehen wird.

Der Eindruck von Mussolinis Rede in Berlin.

Berlin, 7. Febr. Wie die Tel.-Union erfährt, hat die Kammerrede Mussolinis in politischen Kreisen Berlins außerordentlich befremdet. Man weist darauf hin, daß die Sprache des italienischen Ministerpräsidenten wohl kaum geeignet ist, ihm als einem der Unterzeichner des Locarnovertrages und Italien als einem Mitgliede des Völkerbundes zur Ehre gereichen. Mussolini hat außerdem offenbar die Diskussionsbasis verschoben. Kein Mensch denkt zurzeit in Deutschland daran, die Brennergrenze überhaupt zu diskutieren. Es ist aber möglich, daß Mussolini es für notwendig hielt, aus innerpolitischen Gründen die Grenzfrage aufzuwerfen. Für die deutsche Oeffentlichkeit handelt es sich in der Frage Südtirols lediglich um eine Kulturfrage, da sie sich dafür interessiert, daß die seit 1800 Jahren dort ansässige deutsche Bevölkerung der deutschen Kultur erhalten bleibt und sich weiter ihrer angestammten Sprache und Kultureinrichtungen bedienen kann. Von amtlicher Seite kann zu der Rede des italienischen Ministerpräsidenten noch nicht Stellung genommen werden, da ihr amtlicher Wortlaut noch nicht vorliegt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß der Reichsaußenminister anläßlich der Beantwortung der deutschnationalen Anfrage über Südtirol hierzu das Wort ergreifen wird.

London, 7. Febr. Die Rede Mussolinis über Südtirol wird in den Sonntagsblättern an erster Stelle sehr ausführlich wiedergegeben; doch enthalten sich die Blätter einer kritischen Stellungnahme. Nur der diplomatische Korrespondent der „Sunday Times" gibt eine zusammenfassende Darstellung der Ereignisse, die zu dem italienisch-deutschen Streit geführt haben. Er hebt die große Anzahl der deutschen Bevölkerung Südtirols hervor und erklärt, in diplomatischen Kreisen bedaure man den gegenwärtigen Zwischenfall, weil er gerade in einem Augenblick geschah, wo Deutschland in den Völkerbund einzutreten im Begriff sei. Aber man hege andererseits keinen Zweifel, daß die vorhandene Spannung ohne größeren Schaden vorübergehen werde, als den, den einmal ein Kampf mit Worten in der Rede mit sich bringe. In gewissem Sinne liegt eine Kritik der Rede darin, daß das Blatt an die Meldung darüber anschließend an eine Nachricht aus Wien abdruckt, wonach 34 deutsche Beamte, Lehrer und Kaufleute aus Südtirol ausgewiesen worden sind und weitere Ausweisungen erwartet werden.

Polen applaudiert den „Duce".

Warschau, 7. Febr. Mussolinis scharfe Töne in der Kammerrede über Südtirol finden in der polnischen Presse eine recht beifällige Aufnahme. Typisch dafür sind etwa die Erklärungen der Korfanty-Presse, die sonst in Rücksicht auf die Wirtschaftslage Oberschlesiens einer besseren Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen nicht entgegentritt. Sie hält fest, daß Italien den richtigen Ton gegen Deutschland gefunden habe. „Nur wenn man kräftig mit der Faust auf den Tisch schlage, zwinge man den Preußen zum anständigen Betragen." Die Korfanty-Presse als Lehrmeister für anständiges Betragen — welch ein Bild!

Die Silberhochzeit im holländischen Königshaus.

Amsterdam, 8. Febr. Die meisten holländischen Blätter sind anläßlich des gestrigen Silberhochzeitstages der königlichen Familie als Jubelausgaben erschienen. Fast alle Blätter bringen mit reichen Illustrationen begleitete Leitaufsätze, in denen die Bedeutung des 7. Februar 1901 für die niederländische Geschichte gewürdigt wird, an welchem Tage die Hochzeit der Königin Wilhelmine von Oranien-Nassau und des Herzogs Heinrich von Mecklenburg vollzogen wurde. Anläßlich der beim im Haag stattfindenden Hochzeitsfeierlichkeiten sind der Bruder des Prinzgemahls, Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg und dessen Gemahlin, vorgestern im Haag eingetroffen.

Endgültig vertagt.

Genf, 7. Febr. Das Völkerbundssekretariat teilt heute die Vertagung der Abrüstungskonferenz mit, nachdem alle Mitglieder des Völkerbundsrates sich dafür ausgesprochen hätten. Gleichzeitig wird die Vertagung der Militärkommission und der Gemischten Kommission, die zu dem gleichen Zeitpunkt wie die Abrüstungskonferenz einberufen waren, bekanntgegeben. Der Rat wird in seiner öffentlichen Märzsitzung den Termin für die Sitzung der Abrüstungskommission endgültig festsetzen.

Die Abrüstungskonferenz in Evian-les-Bains.

Paris, 7. Febr. Der russisch-schweizerische Notenwechsel, der mit dem Abbruch der Verhandlungen sein Ende erreicht hat, wird am Montag veröffentlicht werden. Der französische Botschafter in Bern tut alles, um die Verhandlungen in einiger Zeit wieder flott zu machen. Bis dahin hat jedoch das Völkerbundssekretariat bereits die Möglichkeit einer Uebersiedlung nach dem französischen Grenzort Evian-les-Bains ins Auge gefaßt. Zwischen der französischen Regierung und dem Völkerbundssekretariat sind hierüber Besprechungen im Gange. Zum mindesten soll der Sitz der vorbereitenden Abrüstungskonferenz nach dem genannten Ort verlegt werden.

Eine englische Stimme über die Reden Helds und Mussolinis.

London, 7. Febr. Zu den Reden des bayerischen Ministerpräsidenten Held und des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini bemerkt der diplomatische Korrespondent der „Sunday Times", in diplomatischen Kreisen bedauere man, daß dieser Zwischenfall sich in dem Augenblick ereignete, wo Deutschland sich zum Eintritt in den Völkerbund bereit mache. Man bezweifle jedoch nicht, daß diese Spannung vorübergehen werde, ohne mehr Schaden anzurichten, als es bei Wortgefechten in der Regel der Fall sei.

Ankunft der „Westphalia" in Newyork.

Bei Ankunft im Hafen von Newyork wurde die Mannschaft der „Westphalia", welche die Besatzung des Dampfers „Alkaid" rettete, feierlich empfangen. Die Vertreter der Stadt überbrachten die Grüße und die Einladung des Bürgermeisters, der den Kapitän und die Mannschaft am Montag persönlich im Rathaus empfangen wird. Konsul Häuser überbrachte die Glückwünsche der Reichsregierung und gab der stolzen Bewunderung des deutschen Volkes über die Disziplin der Mannschaft Ausdruck. Der Vertreter des holländischen Generalkonsulats erklärte, daß, wenn künftighin von Menschenrettern gesprochen würde, des Namens der „Westphalia" mit Dankbarkeit gedacht werde. Viktor Ridder erklärte, daß es die Deutsch-Amerikaner „Westphalia"-Mannschaft hervorbringe. Der Kapitän sei mit Stolz erfüllt, daß die deutsche Rasse Menschen, wie die „Westphalia" dankte kurz und bewegt. Für die Rettungsmannschaft sind eine große Reihe weiterer Veranstaltungen vorgesehen. Die Steubengesellschaft läßt für die „Westphalia"-Mannschaft Rettungsmedaillen prägen. Der Kapitän des „Alkaid" konnte sich in Lobesworten auf die Mannschaft der „Westphalia" nicht genug tun. Nur mit Hilfe des in Deutschland erfundenen magnetischen Suchers sei es möglich gewesen, die genaue Lage des „Alkaid" festzustellen. Amerikanische und englische Schiffe hätten zur Hilfeleistung nicht herbeieilen können, da für sie „Alkaid" unauffindbar gewesen wäre.

Neuenbürg.

Montag den 8. Februar 1926, abends 8 Uhr, im **Zeichensaal des Volksschulgebäudes**

Vortrag

des Herrn **Dipl.-Ing. Reile**, Gewerbelehrer in **Neuenbürg**, über **„Zwecke und Ziele der Berufsberatung"**.

Hiezu ist jedermann freundlichst eingeladen.

Bezirksarbeitsamt.

Neuenbürg, 6. Februar 1926.

Todes-Anzeige.

Unerwartet rasch verschied heute abend meine liebe Frau, unsere gute, treubesorgte Mutter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin u. Tante

Frau Pauline Wagner

im Alter von 41 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Der Gatte: **Max Wagner**, Metzgermstr., **mit Kindern und Angehörigen.**

Beerdigung: Dienstag nachmittag 2 Uhr.

Zu **verkaufen** eine wenig gebrauchte

Strickmaschine.

Anlernen auf Verlangen am Wohnort des Käufers.
Näheres
Karoline Brenning,
Nagold.

Plakate

mit Aufdruck

Metzelsuppe

sind vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchdruckerei.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag, den 9. Februar, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:

1. Fürsorgeangelegenheiten.
2. Wertzuwachssteuerordnung.
3. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Städt. Elektrizitätswerk Neuenbürg.

Die Rechnungen aus den Inflationsjahren 1. April 1921 bis 31. März 1924 und aus dem Jahr 1. 4. 1924/31. 3. 1925 liegen **vom 9. bis 15. Februar ds. Js.** in der Stadtpflege — Rathaus Zimmer 4 — zur öffentlichen Einsicht auf.

Verwalter Essich.

Kathol. Kirchenchor Neuenbürg.

Singstunde heute abend 8 Uhr in der Kirche.

Der Vorstand.

Neuenbürg.

3 evtl. auch 2 Zimmer-Wohnung

für sofort oder bis 1. April ds. Js. von jungem kinderlosem Ehepaar hier

zu mieten gesucht.

Offerten unter **Nr. 118** an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Sängervereinigung „Freundschaft" Neuenbürg.

Aufruf!

In ihrer außerordentlichen Generalversammlung beschloß die Sängervereinigung „Freundschaft", einem nicht mehr länger aufschiebbaren Bedürfnis Rechnung tragend, ihre erste **Fahne** anzuschaffen, da der vor 4 Jahren aus kleinen Anfängen gegründete Verein mit seiner heutigen stattlichen Sängerzahl bei festlichen Anlässen, öffentlichen Veranstaltungen, Begräbnissen usw. es als eine dringende Notwendigkeit erachtet, ein Symbol der Zusammengehörigkeit vorantragen zu können.

Gleichzeitig soll mit der Weihe unserer Fahne ein **Sängerfest mit Gesangs-Wettstreit** verbunden werden.

Im Hinblick auf die kurze Zeit unseres Bestehens, in welcher der Verein zur Vergrößerung desselben große Opfer gebracht hat, glauben wir, nicht besonders betonen zu müssen, daß, wie überall, auch die Sängervereinigung „Freundschaft" vor einer leeren Kasse steht.

Vertrauend auf die Opferwilligkeit der Einwohnerschaft, die unsere edlen Bestrebungen der Pflege des deutschen Männergesangs zu würdigen versteht, glauben wir, die Bitte wagen zu dürfen, unseren in den nächsten Tagen erscheinenden Sammlern Herz und Hand offen zu halten und ein jeder gebe mit freudigem Herzen nach seinem Können.

In der Hoffnung, keine Fehlbitte getan zu haben, sagen wir schon jetzt allen Gebern herzlichen Dank.

Der Ausschuß.

Gesetz über die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen

(Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925)
mit Anmerkungen von Rechtsanwalt **Adolf Seeger-Stuttgart**

Preis Mark 1.50.

Vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchhdlg., Neuenbürg.

Gaistal bei Herrenalb

Gefunden

wurde in der Nähe von Gaistal eine **Taschenuhr** und ein **Gebiß**. Der rechtmäßige Eigentümer kann die Gegenstände innerhalb 14 Tagen abholen bei

Friedrich Laistner.

Gräfenhausen.

Zwei

Länser-Schweine

hat zu verkaufen

Fr. Keller

Oberkollbach.

Ein ¾ Jahre altes

Zucht-Rind

hat zu verkaufen

Ulrich Calmbacher.

Malaga, Likör, Cognac, Sekt, Branntwein, Verschnitt- und deutsche Weine

empfiehlt zu billigsten Tagespreisen

Friedr. Knöller,
Weinhandlung,
Höfen a. Enz.

Bezugspreis:
Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 93 G.-Pf. u. Postbestellgeb. Preise freibleib. Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

Zu Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24
O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

№ 32.

Ö

Berlin, 8. Febr. Der
scharfe amtliche Kundgebu
nehmenden Prügeleien un
tergrund. Es könne un
werden, daß politische
Straße mit Mitteln brut
waffen ausgetragen wer
drücklich durchgeführt un
unnachsichtlich eingeschritte
schein besitzt, sei als Teil
Artikel 123 der Verfassun

Landwirtschaft

Die württembergische
hat sich auf einen Ruf
berg und Hohenzollern für
Stuttgart zu ernsten berat
mungen zusammengefun
Sonntag ging eine Sitzun
desausschusses am Samst
ter a. D. Dietlen-Tübinge
zum Vorsitzenden gewählt
ters fiel auf Landtagsabg.
den Stellvertreters auf L
anschließenden Referat üb
gesetze verbreitete sich Be
Einkommen- und Umsatzst
barkeit der Höhe bzw. Er
Niederschlag seiner Ausf
fung einstimmig angenom
wirtschaft empfindet das
Mittel- und Kleinbetrieb
mäßig hoch zur Einkomm
Steuern herangezogen w
erwachsenen Kindern wird
erbende Kind ist ein V
zu lassen, der dem steuerp
spricht. Es ist notwendig
mensteuer, Umsatzsteuer u
nen einheitlicher und gere
scheint es tunlich: 1. daß
ämter und die Festlegung
der Landw. Bezirksverein
Ueberblick über die Verhä
zirk haben. 2. daß die
über die Festlegung der
verschiedenartigen Zuschlä
von Schaden- und Krankh
erhalten, zu deren Ausge
maßgebend gehört werden.
erklärungen abgegeben wo
lehrung der von den Fi
Die Versammlung bedau
Einrichtsätze für das
Hauptverband nicht zugeg
„An der gründlichen
auch Finanzminister Dr.
mit Beifall aufgenommen
bei den behandelten Reich
der besonderen württemb
daß das württ. Finanzmi
Gesetze in keiner Weise be
werde weiterhin nach Mi
wirtschaft zu helfen. Her
fung der Steuerverteilung
seinen zahlenmäßigen Un
lastung zu tragen scheine.

**Mitgliederversammlung d
Württemb**

Diese Tagung hatte
einen außerordentlich star
waren anwesend: Finan
Mau, in Vertretung des
sterialrat Springer und
Ernährungsministerium,
Hochschule Hohenheim, O
stelle f. d. Landwirtschaft,
der Stadt Stuttgart, B
Aberno, Oberreg.-Rat Ba
zeichnete die Notlage der
ten, daß die Enteignung
sein wird. Neben der S
stützung des Staates verl
Beschränkung im Verbra
Hauptreferat erstattete al
sekretär Dr. Hagedorn-B
preuß. Landtags, v. Bahre
brachte unter starkem B
Landsleute und gab dann
dem Gesichtswinkel der B
Gesamtwirtschaft, Landto
Bauernnot im engeren R
der u. a. der Rückgang de
deutlich Zeugnis ablege.
zehn Jahre können den
sich der Redner der Frag
nete die viel zu hohe Spa
cherpreis mit entsprechend
schaft müsse die schnellste
verlangen. — Die derzei
erfreulicher, für das Rei